

Linke Wahlfälschung in der Provinz



Stalin hat einmal gesagt: „Die Leute, die Stimmen abgeben, entscheiden nichts. Die Leute, die Stimmen zählen, entscheiden alles.“

Was aber, wenn die Stimmen unter den Augen von Wahlbeobachtern ausgezählt werden, wie in demokratischen Ländern üblich? Gar noch unter den Augen von AfD-Sympathisanten, die die Demokratie noch ernst nehmen, was dann?

Angesichts solch widriger Umstände besann sich (mutmaßlich) ein verquarntes Linken-Kollektiv in Quakenbrück, Landkreis Osnabrück, doch wieder auf den Ansatz bei den Stimmzetteln.

Sie suchten die auf, die man am einfachsten hinters Licht führen kann, EU-Ausländer mit kommunalem Wahlrecht. Der NDR gibt zu:

Fünf Mitglieder beziehungsweise Unterstützer der Partei Die Linke müssen sich vor dem Landgericht Osnabrück verantworten, darunter der Fraktionsvorsitzende.

In 34 Fällen sollen die Männer im Alter zwischen 37 und 56 Jahren bei Bürgern mit Migrationshintergrund geklingelt und mit ihnen oder für sie die Briefwahlunterlagen ausgefüllt haben. Manche der Betroffenen sollen gar nicht gemerkt haben, dass sie per Brief wählten. Knapp 50 Zeugen werden bis Ende Mai in dem Prozess gehört.

Soweit lief also alles ganz gut, zu gut. Denn während man sich in der DDR an Traumergebnisse der Partei gewöhnt hatte, fiel in Quakenbrück der überdurchschnittliche Wahlerfolg der (mutmaßlichen) linken Wahlbetrüger dann doch noch auf:

Der Verdacht der Manipulation war wegen des ungewöhnlich guten Abschneidens der Linken in Quakenbrück aufgekommen. Ein Teil der Wahl wurde im März 2017 wiederholt: Gut 1.500 Briefwähler stimmten erneut ab. Als Ergebnis der Wahlwiederholung verlor die Linke zwei ihrer zuvor sieben Sitze im Rat.

Wer nun aber denkt, dass dort nur antidemokratisch sozialisierte Linke als Fälscher auftraten (mutmaßlich), der irrt. Auch eine FDP-Abgeordnete, ebenfalls aus Quakenbrück, wurde bereits wegen Wahlfälschung zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung und zu einer Geldbuße verurteilt. Muster- und Qualitätsdemokraten unter sich. Es sind die, die in aller Regel der AfD vorwerfen, sie stelle das demokratische System in Frage.